

## Abschrift

BROCK MÜLLER ZIEGENBEIN Rechtsanwälte Notare Postfach 35 07 24034 Kiel

### Per E-Mail

Bundesministerium für Gesundheit  
Rochusstraße 1  
53123 Bonn

Unser Zeichen	Rechtsanwälte	Sekretariat	Kontakt	Kiel
04628-25-OR-3163	Dr. Fiete Kalscheuer Dr. Nicolas Harding	Franziska Jürs	☎ +49 431 97918-944 ☎ +49 431 97918-30 ✉ franziska.juers@bmz-recht.de	17.11.2025
An: poststelle@bmg.bund.de				

### Aufsichtsrechtliches Einschreiten gegenüber dem GKV-Spitzenverband

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit zeigen wir Ihnen gegenüber an, dass uns die Freie Apothekerschaft e.V. mit der Wahrnehmung ihrer rechtlichen Interessen beauftragt hat. Das Vorliegen einer auf uns lautenden Vollmacht wird anwaltlich versichert.

Namens und in Vollmacht der Freien Apothekerschaft bitten wir Sie, den GKV-Spitzenverband im Wege eines aufsichtsrechtlichen Einschreitens anzuweisen, die Informationsanträge der Freien Apothekerschaft vom 31.07.2025 wie vom 05.08.2025 zu bescheiden.

Unserem Ersuchen liegt die folgende Sach- und Rechtslage zugrunde:

#### KIEL

Prof. Dr. Mathias Nebendahl<sup>2) 10) 14)</sup>, Notar  
Dr. Matthias Krisch<sup>6)</sup>, Notar  
Dr. Christian Becker<sup>14)</sup>, Notar  
Dr. Katja Francke<sup>2)</sup>  
Dr. Hauke Thilow<sup>7) 11)</sup>, Notar  
Dr. Christian Wolff<sup>9) 12)</sup>  
Dr. Johannes Badenhop<sup>13) 14)</sup>, Notar  
Dr. Christian Kuhlmann<sup>4)</sup>  
Kati Beier-Vafeidis, LL.M. (London)  
Dr. Susann Rochlitz<sup>10)</sup>  
Dr. Martin Witt<sup>7)</sup>, Notar  
Dr. Fiete Kalscheuer<sup>14)</sup>  
Dr. Thomas Gutttau<sup>6)</sup>  
Judith Foest  
Dr. Markus Jurawitz  
Dr. Jan-Philipp Redder  
Charlotte Gaschke  
Maria Jaletzke-Fest  
Dr. Yilmaz Algin  
Dr. Nicolas Harding  
Dr. Johannes Fitzke  
Talea Iben  
Lisa Bütow

Prof. Dr. Stefanie Grünewald, Of Counsel  
(keine Rechtsanwältin i.S.d. RDG)

Schwedenkai 1, 24103 Kiel  
Telefon +49 431 97918-0  
Telefax +49 431 97918-30

#### LÜBECK

Dr. Oswald Kleiner, Notar  
Lars Bretschneider<sup>2) 10)</sup>, Notar  
Dr. Friderike Pannier<sup>3)</sup>  
Dr. Matthias Waack<sup>7)</sup>, Notar  
Dr. Sebastian Scholz<sup>7)</sup>  
Dr. Gero von Alvensleben<sup>2)</sup>  
Dr. Philipp Thomssen, LL.M. (London)  
Jörn Vorbeck  
Wolf-Sebastian Ohlendorf  
Kanalstraße 12-18, 23552 Lübeck  
Telefon +49 451 70289-0

#### FLensburg

Dr. Ralf Sonnberg, Notar  
Dr. Bastian Koch<sup>7)</sup>, Notar  
Dr. Max Wellenreuther<sup>2)</sup>, Notar  
Jan Christiansen<sup>1) 5)</sup>, Notar  
Dr. Christoph Bialluch<sup>2) 10)</sup>  
Julian Schlumbohm<sup>4)</sup>  
Carina Rohde<sup>5)</sup>  
Dr. Justus Jürgensen  
Ballastkai 5, 24937 Flensburg  
Telefon +49 461 14433-0

#### KALTENKIRCHEN

Dr. Bernd Richter<sup>11)</sup>  
Dr. Peter Gramsch<sup>8)</sup>, Notar  
Tilmann Kruse  
Dr. Marcel Sandberg  
Aino Kristina Fünser, Notarin  
Dr. Kirsten Walter  
Sven-Hendrik Fries, LL.M.oec.  
Neuer Weg 13, 24568 Kaltenkirchen  
Telefon +49 4191 91918-0

#### Fachanwälte für

- <sup>1)</sup> Agrarrecht
- <sup>2)</sup> Arbeitsrecht
- <sup>3)</sup> Bank- und Kapitalmarktrecht
- <sup>4)</sup> Bau- und Architektenrecht
- <sup>5)</sup> Erbrecht
- <sup>6)</sup> gewerblichen Rechtsschutz
- <sup>7)</sup> Handels- und Gesellschaftsrecht
- <sup>8)</sup> Insolvenzrecht
- <sup>9)</sup> IT-Recht
- <sup>10)</sup> Medizinrecht
- <sup>11)</sup> Steuerrecht
- <sup>12)</sup> Urheber- und Medienrecht
- <sup>13)</sup> Vergaberecht
- <sup>14)</sup> Verwaltungsrecht

#### Banken

Commerzbank AG Kiel  
IBAN DE71 2104 0010 0722 3779 00  
Kieler Volksbank eG  
IBAN DE98 2109 0007 0090 1020 02  
Förde Sparkasse  
IBAN DE36 2105 0170 1400 2240 00

Brock Müller Ziegenbein  
Rechtsanwälte Partnerschaft mbB  
Sitz Kiel, AG Kiel PR 18 KI  
USt.-IdNr. DE205972535  
[www.bmz-recht.de](http://www.bmz-recht.de)

## **I. Zum Sachverhalt**

Am 31.07.2025 beantragte die Freie Apothekerschaft das Übersenden verschiedener Informationen im Zusammenhang mit dem Arzneimittelversand von Versandapotheken mit Sitz in den Niederlanden. Im Wesentlichen ging es der Antragstellerin um Auskünfte zur rechtswidrigen Rabattvergabepraxis (vgl. § 129 Abs. 3 SGB V) der ausländischen Versandapotheken, über die die vom GKV-Spitzenverband und dem Deutschen Apothekerverband (DAV) gebildete paritätische Stelle, deren Tätigkeitsvorgaben der Anlage 10 zum Rahmenvertrag nach § 129 SGB V zu entnehmen sind, wacht. Mit Antrag vom 05.08.2025 ergänzte die Antragstellerin ihren Informationsantrag vom 31.07.2025.

Der Informationsantrag vom 31.07.2025 ist als

### **Anlage 1**

beigefügt. Der ergänzende Informationsantrag vom 05.08.2025 ist als

### **Anlage 2**

beigefügt. Mit E-Mail vom 01.09.2025 teilte der GKV-Spitzenverband mit, dass sich die Bearbeitung des Informationsantrags verzögern würde. Gleichzeitig stellte dieser einen Informationszugang zum 31.10.2025 in Aussicht. Diese E-Mail ist als

### **Anlage 3**

beigefügt. Mit E-Mail vom 16.10.2025 hat die Antragstellerin den GKV-Spitzenverband infolge dessen zur Bescheidung des Informationsantrags bis zum 31.10.2025 aufgefordert. Diese E-Mail ist als

### **Anlage 4**

beigefügt.

## II. Zur Rechtslage

Da sich die Nichtbescheidung der Informationsanträge vom 31.07.2025 und 05.08.2025 als rechtswidrig erweist, ist ein aufsichtsrechtliches Einschreiten Ihrerseits als zuständige Aufsichtsbehörde angezeigt.

Anspruchsgrundlage für die Informationsanträge vom 31.07.2025 und 05.08.2025 ist § 1 Abs. 1 IFG.

Anspruchsverpflichtet sind gemäß § 1 Abs. 1 IFG neben Bundesbehörden auch sonstige Bundeseinrichtungen, sofern diese öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben wahrnehmen.

Die gesetzlichen Krankenkassen fallen in den Anwendungsbereich des § 1 Abs. 1 IFG,

BVerwG, Urteil vom 17.06.2020 – 10 C 22.19 = BeckRS 2020, 18641 Rn. 10; Schoch, IFG, 3. Auflage 2024, § 1 Rn. 164 m.w.N.

Auch beim GKV-Spitzenverband handelt es sich um eine informationspflichtige Stelle i.S.d. § 1 Abs. 1 IFG. Dieser ist organisatorisch als Körperschaft des öffentlichen Rechts ausgestaltet, die – infolge ihrer ausdrücklichen Normierung in § 217a SGB V – zuvörderst öffentlich-rechtliche Aufgaben wahrnimmt. Diese sind wiederum in der Regelung des § 217 f SGB V aufgeführt.

Gemäß § 7 Abs. 5 IFG hat die Bescheidung eines IFG-Antrags unverzüglich, spätestens aber binnen eines Monats zu erfolgen. Diese Frist ist mittlerweile bei weitem überschritten, ohne dass dafür ein sachlicher Rechtfertigungsgrund ersichtlich ist.

Das Vorbringen des GKV-Spitzenverbands vom 01.09.2025, der in Rede stehende Informationsantrag sei umfangreich und komplex, erscheint zu pauschal und ungenügend. Vielmehr ist vor diesem Hintergrund die sich in § 7 Abs. 5 IFG manifestierende Vorstellung des Gesetzgebers, dass Informationsanträge „unverzüglich und nicht unter Ausschöpfung der gesetzlichen Fristen zu erfolgen“ haben, zu berücksichtigen,

vgl. BT-Drs. 15/4493, S. 15.

Hinzu kommt, dass der Beklagte für das Vorliegen eines atypischen, die Überschreitung der einmonatigen Regelbescheidungsfrist rechtfertigenden Ausnahmefalls darlegungs- und beweisbelastet ist,

*Sicko*, BeckOK Informations- und Medienrecht, 49. Edition 2025, § 7 IFG Rn. 85.

Dies zugrunde gelegt, hat der GKV-Spitzenverband die ihm obliegenden gesetzlichen (Informations-)Pflichten missachtet.

### **III. Zusammenfassung**

Durch das Nichtbescheiden der Informationsanträge der Antragstellerin hat der GKV-Spitzenverband seine gesetzlichen Pflichten verletzt. Wir bitten Sie insofern, als zuständige Aufsichtsbehörde tätig zu werden und den GKV-Spitzenverband anzuweisen, die Anträge kurzfristig zu bescheiden.

Wir weisen darauf hin, dass wir parallel Untätigkeitsklage gemäß § 42 Abs. 1 Alt. 2 VwGO i.V.m. § 75 VwGO vor dem Verwaltungsgericht Berlin erhoben haben.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Harding

gez. Dr. Kalscheuer

Dr. Nicolas Harding

Dr. Fiete Kalscheuer

Anlagen